

Niederschrift

| | |
|-------------------------------|---|
| Gremium: | Rat |
| Sitzung: | 45. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus (RA/2018/045) |
| Sitzungsdatum: | Donnerstag, 17.05.2018 |
| Sitzungsort: | Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115 |
| Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr | Ende der Sitzung: 22:08 Uhr |

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

CDU

Vortkamp, Thomas
Benölken, Franz
Blickmann, Michaela
Große-Schwiep, Josef
Hackfort, Bernhard
Hemsing, Klaus
Isferding, Ute
Kreuziger, Petra
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Reimering, Ansgar
Rudde, Christian
Terbrack, Karl Heinz
Terhaar, Johannes
Terhalle, Josef
Vöcking, Stefan
Wantia, Beatrix
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

SPD

Dönnebrink, Andreas
Brüning, Dietmar
Fischer, Mathilde
Herickhoff, Hermann Josef

Lambers, Klaus
Niestegge, Ludwig

UWG

Ruwe, Felix
Beckers, Andreas
Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Lange, Hanne
Schulte, Renate

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus
Eisele, Dietmar

WGW

Haveloh, Hermann Josef
Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Leuker, Werner
Beckmann, Georg

stellv. Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Liefert, Heinrich

SPD

Gerick, Alfons
Heitmann, Helene
Terbeck, Walter

FDP

Klein, Wolfgang

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Stefan Vöcking
- 2 Niederschrift über die 44. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.04.2018
- 3 Einwohner/innenfragestunde
- 4 Bestellung der Schriftführerin und ihres Stellvertreters
- 5 Bestellung einer Verwaltungsprüferin
- 6 Schulentwicklungsplanung 2018-2023 für die Primarstufe
- 7 Vergabe von Namensrechten für städtische Sportanlagen;
Übertragung des Namensrechtes für die Sportstätten im "Stadtpark" an den Verein "SV Eintracht Ahaus e.V."
- 8 Verlängerung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Ahaus
- 9 Wasserversorgungskonzept der Stadt Ahaus
- 10 Bauleitplanung
- 10.1 4. Änderung des Flächennutzungsplans - Deventer Weg -;
a) Beschluss über die Stellungnahmen
b) Feststellungsbeschluss
- 10.2 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73 - Gerwinghook - Abschnitt 2;
a) Beschluss über die Stellungnahmen
b) Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss
- 11 Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet
 - Projektstand zu den geplanten Maßnahmen
 - Ergebnis der bisherigen Beratungen in der Projektgruppe zum Thema Hochwasserschutz
 - Leitlinien zum Hochwasserschutz an den Gewässern im Stadtgebiet
- 12 Einziehung eines Gehweges an der Straße Vissingkamp

- 13 Instandsetzung von Wirtschaftswegen
Festlegung der auszuführenden Maßnahmen

- 14 Ausbau eines zweistreifigen Verbindungsweges in Wessum-Averesch
Antrag der CDU-Fraktion zur Sanierung des "Holtwegg" und zum Ausbau des Wirtschaftsweges in Verlängerung der Raiffeisenstraße im Rahmen dieser Maßnahme

- 15 Anträge der Fraktionen

- 15.1 Erstellung konzeptioneller Vorschläge für die Weiterführung der kulturellen Arbeit für Ahaus; Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2018

- 15.2 Erstellung einer Satzung zum Schutz des Baumbestandes im gesamten Stadtgebiet der Stadt Ahaus (Baumschutzsatzung);
Antrag der UWG-Fraktion vom 01.05.2018

- 16 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Bürgermeisterin Voß an den ehemaligen Bürgermeister Leopold Bußmann, der in der vergangenen Woche im Alter von 91 Jahren verstorben sei. Sie würdigt sein politisches, gesellschaftliches und menschliches Engagement und bittet um eine Schweigeminute für den Verstorbenen.

Bürgermeisterin Voß stellt Anträge auf Absetzung von zwei Tagesordnungspunkten im öffentlichen Sitzungsteil.

Beigeordneter Leuker erklärt zu Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung (Schulentwicklungsplanung 2018-2023 für die Primarstufe), dass die Grundschulen nach der Fertigstellung des Entwurfes der Schulentwicklungsplanung für die Primarstufe vor den Osterferien in einem gemeinsamen Termin umfangreiche Erläuterungen zu dem Entwurf erhalten hätten und eine Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf erhalten hätten. Fünf Stellungnahmen seien nach einer nochmaligen Erinnerung durch die Verwaltung in den vergangenen Tagen eingegangen und drei hieraus resultierende Veränderungen seien im Konzept aufgenommen worden. In der gestrigen Schulleiterdienstbesprechung seien die Anregungen nochmals intensiv diskutiert worden. Sein Vorschlag sei nun, die nächste Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu nutzen, um die Thematik erneut zu besprechen und dann den Schulentwicklungsplan dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

Beigeordneter Beckmann führt zu Tagesordnungspunkt 12 (Einziehung eines Gehweges an der Straße Vissingkamp) aus, dass nach Beschlussfassung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr, der Architekt der Eigentümerin nochmals um ein Gespräch mit der Stadtverwaltung gebeten habe. Dies werde in den nächsten Wochen stattfinden. Im Anschluss daran würde der Punkt dann dem Rat wieder vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

A. Öffentliche Sitzung

1 Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Stefan Vöcking

Bürgermeisterin Voß vereidigt Rats Herrn Vöcking (CDU-Fraktion), der das Ratsmandat des zum 01.05.2018 ausgeschiedenen Rats Herrn Büning (CDU-Fraktion) übernimmt. Sie wünscht ihm für die Ratsarbeit viel Erfolg und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

2 Niederschrift über die 44. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.04.2018

Die Niederschrift der 44. öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.04.2018 wird anerkannt.

3 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

4 Bestellung der Schriftführerin und ihres Stellvertreters

V/2018/0992

Der Rat bestellt Frau Doris Zevenbergen zur Schriftführerin. Herr Marc Frieler übernimmt die Aufgabe des stellvertretenden Schriftführers.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

5 Bestellung einer Verwaltungsprüferin V/2018/0995

Die Stadtoberinspektorin Eva Beyer wird gemäß § 104 Abs. 2 GO NRW mit Wirkung vom 01.07.2018 zur Verwaltungsprüferin im Fachbereich Rechnungsprüfung bestellt.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

6 Vergabe von Namensrechten für städtische Sportanlagen; Übertragung des Namensrechtes für die Sportstätten im "Stadtpark" an den Verein "SV Eintracht Ahaus e.V." V/2018/0972/2

Ratsfrau Wantia (CDU-Fraktion) erläutert die Beratungen im Schul- und Sportausschuss.

Beigeordneter Leuker ergänzt, dass sich das Gremium hiermit nicht leicht getan habe, da man mit dem Thema Sponsoring von städtischen Anlagen Neuland betrete und auch für künftige Anfragen eine einheitliche Vorgehensweise anstreben wolle.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) fragt an, ob künftig auch Sporthallen an Schulen umbenannt werden könnten und wie die Ziff. 1 der Richtlinie in Bezug auf die „Beibehaltung der bisherigen Ortsbezeichnung“ zu verstehen sei.

Beigeordneter Leuker antwortet zur ersten Frage, dass darauf abgestellt werden müsse, wer Hauptnutzer der Anlage sei. Bei Sporthallen an Schulen, seien dies die Schulen selbst, so dass hier eine Änderung des Namens eher nicht in Betracht käme. Bei der Ortsbezeichnung von Sportanlagen müsse im Einzelfall entschieden werden, es gehe aber immer um die Ortslage.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass in den Richtlinien unter Pkt. 1 festgehalten sei, dass „die vom Verein gewünschte Namensbezeichnung vor Vereinbarungsbeschluss von den zuständigen Gremien zu beschließen“ sei. Hier solle klar formuliert werden, dass der Rat diese Entscheidung zu treffen habe.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, diese Klarstellung in die Richtlinie mit aufzunehmen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt auf Empfehlung des Schul- und Sportausschusses:

1.) Die Vergabe von Namensrechten an Sportstätten richtet sich zukünftig nach der mit dem Stadtsportverband Ahaus e.V. abgestimmten „Richtlinie über die Vergabe von Namensrechten an Sportstätten“.

2.) Aufgrund des Antrages des SV Eintracht Ahaus e.V. vom 07.02.2018 wird dem antragstellenden Verein das Recht eingeräumt, die Sportstätten im Stadtpark in Ahaus für die Dauer von 10 Jahren in „Augenklinik Ahaus Arena“ umzubenennen. Einzelheiten sind in einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Verein und der Stadt Ahaus auf der Grundlage des bestehenden Nutzungsvertrages zu regeln.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

7 Verlängerung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Ahaus V/2018/0982

Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) erläutert die Beratungen im Kulturausschuss.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) schätzt die Besucherbefragung in der Bibliothek als nicht-repräsentatives Meinungsbild ein. Die Ausweitung der Öffnungszeit erscheine ihm zu gering. Insbesondere berufstätige Bürgerinnen und Bürger könnten so die Bibliothek noch immer nicht nutzen. Wichtig sei, den Personalbestand nicht zu verändern, dennoch eine höhere Serviceorientierung hinsichtlich der Öffnungszeiten zu erreichen. Die Fraktion stelle daher den Antrag, anstatt einer Verlängerung von täglich 30 Minuten einen

Dienstleistungsabend, z.B. am Donnerstag, mit einer Öffnungszeit bis 19:30 Uhr einzurichten.

Beigeordneter Leuker stellt klar, dass der Vorschlag zur Ausweitung der täglichen Öffnungszeiten zum einen die Ergebnisse der Besucherumfrage aufgreife und zum anderen die Beibehaltung der Mitarbeiterkapazitäten berücksichtige. Darüber hinaus gebe es Überlegungen, eine weitere sog. „servicefreie“ Öffnungszeit anzubieten, in der die Bibliothek geöffnet ist, dann aber ohne Beratungsleistungen. Insgesamt müsse aber auch festgehalten werden, dass die Stadtbibliothek bereits heute mit 27 Stunden im Umkreis die längste Öffnungszeit anbiete.

Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) spricht sich dafür aus, den vorgeschlagenen Weg ein Jahr zu testen, die Besucherzahlen auszuwerten und ggf. neu zu beraten.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) plädiert dafür, als Kommune mutiger zu sein und sich auch von anderen Städten und Gemeinden abzusetzen. Ahaus könne hier mit einem langen Dienstleistungsabend eine Art Leuchtturmfunktion übernehmen.

Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass bei einem Votum für den Dienstleistungsabend, der in der Sitzung vorgeschlagen worden sei, die Einschätzung der Mitarbeiterinnen der Stadtbibliothek nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Bürgermeisterin Voß lässt nach der Diskussion zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Einrichtung eines Dienstleistungsabends anstatt der täglichen Ausweitung um 30 Minuten beschließen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|----|--------------|
| 4 | Ja-Stimmen |
| 33 | Nein-Stimmen |
| 1 | Enthaltung |

Auf Empfehlung des Kulturausschusses vom 12.03.2018 beschließt der Rat, probeweise zunächst für eine Jahr (ab 01.07.2018) die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek Ahaus mittwochs bis freitags von 17.30 Uhr auf 18.00 Uhr zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|----|--------------|
| 34 | Ja-Stimmen |
| 2 | Nein-Stimmen |
| 2 | Enthaltungen |

8 Wasserversorgungskonzept der Stadt Ahaus

V/2018/0985

Beigeordneter Beckmann erläutert anhand ausführlicher Präsentation die Beratungsvorlage zum Wasserversorgungskonzept.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) möchte wissen, ob das Wasser der beiden Wassergewinnungsanlagen in Ortwick und Heek gemischt werde, um die Grenzwerte für den Nitratgehalt nicht zu überschreiten.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass er davon ausgehe, dass diese Mischung weiterhin erfolge. Er betont aber auch, dass die Nitratwerte an keiner Stelle überschritten würden.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt das Wasserversorgungskonzept in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

9 Bauleitplanung

9.1 4. Änderung des Flächennutzungsplans - Deventer Weg -; **a) Beschluss über die Stellungnahmen** **b) Feststellungsbeschluss** V/2016/0573/2

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) möchte wissen, wie die zeitliche Schiene der Umsetzung aussehe und wann letztlich mit den Bauarbeiten begonnen werden könne.

Beigeordneter Beckmann weist auf die notwendigen artenschutzrechtlichen Maßnahmen hin. Es gebe Gespräche mit der Unteren Landschaftsbehörde, man sei auf einem guten Weg. Die artenschutzrechtlichen Maßnahmen müssten allerdings umgesetzt sein, bevor der Bebauungsplan verabschiedet werden könne.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) fragt an, warum in Abweichung zu früheren Planungen Flächen getauscht würden.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass die geforderten Änderungen aufgrund des geltenden Regionalplans nicht über Flächenausweitungen, sondern nur über Tausche realisiert werden könnten. Das Thema Immissionsschutz spiele eine weitere Rolle.

Ratsherr Hackfort (CDU-Fraktion) erkundigt sich nach dem Lärmschutz für das Plangebiet, da die Belastung durch die B70 enorm sei.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass der Anlage 2 zur Vorlage zu entnehmen sei, dass der Lärmschutz auch bei den Stellungnahmen im Verfahren angesprochen worden sei. Gegenstand des Bebauungsplanes sei dann eine konkrete Festsetzungsplanung.

Der Rat der Stadt beschließt:

a) Beschluss über die Stellungnahmen

218-01: Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Wohnbaufläche

An dem Ratsbeschluss vom 13.12.2017, den Bedenken gegen die Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Wohnbaufläche nicht zu folgen, wird festgehalten.

218-02: Umsetzung notwendiger Kompensationsmaßnahmen ohne Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Der Anregung, für Maßnahmen zum Ausgleich i. S. des § 1a (3) BauGB keine zusätzlichen landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch zu nehmen, wird nicht gefolgt.

220-01: Erforderlicher Erschließungsaufwand zur Versorgung des Wohngebiets mit Strom, Wasser, Gas und Löschwasser

Die Hinweise zum erforderlichen Erschließungsaufwand werden zur Kenntnis genommen.

501-02: Beibehaltung der Wohnbaufläche im FNP und Erweiterung des Plangebietes

Der Anregung, für die Grundstücke Gemarkung Alstätte Flur 26 Flurstücke 82 und 83 die Darstellung Wohnbaufläche beizubehalten, wird nicht gefolgt.

Beschlüsse zu den bisherigen Stellungnahmen

Unter Bezugnahme auf Anlage 4 dieser Sitzungsvorlage wird an den Beschlüssen zu den bisherigen Stellungnahmen, die der Rat der Stadt am 13.12.2017 gefasst hat, festgehalten.

Feststellungsbeschluss

(1) Auf Grund des § 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) wird die 4. Änderung des Flächennutzungsplans – Deventer Weg - beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

(2) Für die 4. Änderung des Flächennutzungsplans ist die Genehmigung nach § 6 (1) BauGB zu beantragen. Die Erteilung der Genehmigung ist gem. § 6 (5) Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|----|------------|
| 37 | Ja-Stimmen |
| 1 | Enthaltung |

9.2 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73 - Gerwinghook - Abschnitt 2;

a) Beschluss über die Stellungnahmen

b) Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss

V/2016/0635/2

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr die Frage aufgekommen sei, ob im Plangebiet auch Doppelhaushälften erlaubt seien. Laut den Bestimmungen des Bebauungsplanes sei dies zulässig.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) bittet darum, den geplanten Spielplatz zu Beginn der Baumaßnahme fertig zu stellen. Interessant sei hier außerdem die geplante Zeitschiene der Umsetzung.

Beigeordneter Beckmann informiert darüber, dass zunächst die alten Zollhäuser abgebrochen werden müssten. Das müsste bis Oktober 2018 abgeschlossen sein. Auch hier müssten zuvor artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

a) Beschluss über die Stellungnahmen

201.3-01: Nachweis der geordneten abwassertechnischen Erschließung

Der Hinweis, im Rahmen der weiteren Planungen die gesicherte abwassertechnische Erschließung nachzuweisen, wird zur Kenntnis genommen.

201.4-01: Sicherung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote

Das Konzept zur Sicherung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote wird entsprechend dem Planungsstand gebilligt.

201.4-02: Erhalt des erhaltenswerten Baumbestandes

Der Anregung, den erhaltenswerten Baumbestand zu erhalten, wird teilweise gefolgt.

201.4-03: Erhalt des ländlichen Siedlungscharakters

Der Anregung, durch baugestalterische Festsetzungen eine dorftypische, der Eigenart des Münsterlandes entsprechenden Gestaltung des Dorfrandes sicherzustellen, wird gefolgt.

201.6-01: Berücksichtigung der Geruchsimmissionssituation

Der Anregung, im weiteren Bebauungsplanverfahren auf die Geruchssituation im Plangebiet einzugehen, wird gefolgt.

204.1-01: Hinweis auf Bombardierungen

Der Hinweis auf Kampfmiteleinwirkungen sowie auf empfohlene Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen wird zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplan erhält einen entsprechenden Hinweis.

218-01: Überarbeitung des Geruchsgutachtens

Unter Bezugnahme auf die Ratsbeschlüsse vom 25.02.2014 und 27.08.2014 wird den methodischen Bedenken gegen die Geruchsimmissionsmessung nicht entsprochen.

218-02: Keine Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen

Der Anregung, für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen keine landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch zu nehmen, wird soweit wie möglich entsprochen.

220-01: Umlegung eines Niederspannungskabels

Der Hinweis, dass das im Plangebiet verlaufende Niederspannungskabel im Zuge der Durchführung des Bebauungsplans umgelegt werden muss, wird zur Kenntnis genommen.

227-01: Hinweise zur Berücksichtigung der bestehenden Telekommunikationsinfrastruktur bei der Durchführung des Bebauungsplans

Die Hinweise zur Berücksichtigung der bestehenden Telekommunikationsinfrastruktur bei der Durchführung des Bebauungsplans werden zur Kenntnis genommen.

501-01: Verlegung des Spielplatzes an den Schützenplatz

Der Anregung, den Spielplatz an den Schützenplatz zu verlegen, wird gefolgt.

b) Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 73 – Gerwinghook – Abschnitt 2 wird mit der Begründung in der als Anlage beigefügten Fassung gebilligt und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|----|------------|
| 37 | Ja-Stimmen |
| 1 | Enthaltung |

10 Hochwasserschutz und ökologische Aufwertung der Gewässer im Stadtgebiet

- Projektstand zu den geplanten Maßnahmen
- Ergebnis der bisherigen Beratungen in der Projektgruppe zum Thema Hochwasserschutz
- Leitlinien zum Hochwasserschutz an den Gewässern im Stadtgebiet

V/2018/0986

Beigeordneter Beckmann erläutert anhand einer Präsentation die Beratungsvorlage.

Ratsherr Große-Schwiep (CDU-Fraktion) stellt fest, dass im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt und auch schon zuvor in der Arbeitsgruppe lange über die geplanten Maßnahmen diskutiert worden sei und die Wasser- und Bodenverbände und auch die Landwirte Bedenken hätten.

Bürgermeisterin Voß betont, dass die Stadtverwaltung es nicht als einfach einschätze, die für den Hochwasserschutz notwendigen Flächen von den betroffenen Eigentümern zu erwerben. Dieser Eindruck könne im Nachgang zur Ausschusssitzung durch die Berichterstattung in der Münsterland-Zeitung entstanden sein.

Ratsherr Terbrack (CDU-Fraktion) stellt klar, dass diese Regelungen, insbesondere auch die Leitlinien, nicht für das Gebiet des Ölbachs gelten dürften. Hier müssten neue Gespräche geführt werden, da die Landwirte die Maßnahmen als kritisch einschätzten.

Bürgermeisterin Voß macht deutlich, dass die erarbeiteten Leitlinien auch für andere Ortslagen in Ahaus als Grundlage dienen sollten.

Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) fragt an, wann der Förderantrag für die Hochwasserschutzmaßnahmen gestellt werden müsse.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass die Verhandlungen bereits laufen. Der Fördermittelgeber habe sich bereits an den ersten Grundstücksankäufen beteiligt. Es sei aber deutlich gemacht worden, dass die Maßnahmen nicht weiter herabgesetzt werden dürften, da ansonsten die Förderzusage in Frage gestellt werde.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach dem zeitlichen Aspekt der Umsetzung aller Maßnahmen.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass dies stark vom Zeitpunkt abhängt, wann die Grundstücksfragen komplett geklärt seien. Erst dann könne die Genehmigung für die Umsetzung der Maßnahmen erteilt werden. Hiermit sei aber nicht in den nächsten zwei bis drei Jahren zu rechnen sein.

Ratsherr Brüning (SPD-Fraktion) möchte wissen, was geschehe, wenn nicht alle Grundstücke angekauft werden könnten.

Beigeordneter Beckmann führt aus, dass der erste Schritt nun die Ankaufverhandlungen mit den Eigentümern sei. Hätte dies keinen Erfolg gebe es zwei Alternativen: die Planungen müssten abgebrochen werden und man habe damit keinen Hochwasserschutz. Die andere Alternative sei im Wege des Umlegungsverfahrens unter Beteiligung der Flurbereinigungsbehörde die Flächen doch noch zu bekommen. Man solle jedoch zunächst abwarten, wie die weiteren Gespräche verliefen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt nimmt die Leitlinien zum Hochwasserschutz an den Gewässern im Stadtgebiet Ahaus zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt die weiteren Planungsschritte unter Beachtung der Leitlinien umzusetzen.

Die Grunderwerbsverhandlungen mit den betroffenen Flächeneigentümern sind auf der Grundlage des Prinzipkonzeptes zur Lage und Ausdehnung der Dammanlagen und Retentionsbereiche zu führen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

11 Instandsetzung von Wirtschaftswegen Festlegung der auszuführenden Maßnahmen

V/2018/0988

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die im Jahr 2018 geplanten Instandsetzungsmaßnahmen an den Wirtschaftswegen im Stadtgebiet in der nachstehenden Reihenfolge durchzuführen.

| Nr. | Bezeichnung des Weges | 2018 | Ausbauart | Länge m | geschätzte Kosten € |
|-----|---------------------------------------|----------------|-----------------|------------|---------------------------|
| 1. | Eper Damm Teilstück Bushaltestelle | Schwiepinghook | Tragdeckschicht | 140 | 5.500 |
| 2. | Nr.47 Tenhagen | Schwiepinghook | Tragdeckschicht | 700 | 27.000 |

| | | | | | |
|-----|--|------------------------------|--------------------------------|--------------|----------------|
| 3. | Nr.31,32 Terhaar | Schwiepinghook | Tragdeckschicht | 90 | 3.500 |
| 4. | Nr.66 Vortkamp Richtung Nr. 68 Naber | Schwiepinghook | Tragdeckschicht | 570 | 22.000 |
| 5. | Nr.60 Drop | Alstätter Brook/ Brook 60 | Tragdeckschicht Neubau 50m | 100 | 5.000 |
| 6. | Nr 55 Hoge u. Nr. 54 Elfering u. Teilstück | Stegge | Tragdeckschicht | 500 | 19.000 |
| 7. | Nr.14 Herickhoff, Kappelhoff | Brink | Tragdeckschicht | 70 | 3.000 |
| 8. | Nr.17 Dues Richtung Korthoff Neubau | Stegge/ Stegge 17 | Tragdeckschicht Neubau 300m | 300 | 18.000 |
| 9. | Nr.21 Söbbing bis Brücke | Nordiek | Tragdeckschicht | 570 | 22.000 |
| 10. | Nr.65 Brüning | Averesch | Tragdeckschicht | 25 | 1.500 |
| 11. | Nr.66 Laing bis Kreuzung | Averesch | Tragdeckschicht | 380 | 14.500 |
| 12. | Nr.20 Ibing über Flörbach bis Kreuzung | Averesch | Tragdeckschicht | 580 | 22.000 |
| 13. | Nr.30 Voß Mittelstück | Hörsteloe | Tragdeckschicht | 420 | 16.000 |
| 14. | Nr. 21 Abbing, Nr. 23 Pesen- acker | Feldmark | Tragdeckschicht | 680 | 26.000 |
| 15. | Nr.96, Nr.97 Vestert Neubau | Ammeln/ Moorbach 97 | Tragdeckschicht Neubau 360m | 360 | 21.500 |
| 16. | Nr.22 Benneker | Sabstätte | Tragdeckschicht | 170 | 6.500 |
| 17. | Nr.20 Effsing bis Nr.13 Hem- ker | Quantwick | Tragdeckschicht | 1.020 | 39.000 |
| | Gesamt: | | | 6.675 | 272.000 |

Die Maßnahme Nr. 5 im Alstätter Brook zur Anbindung eines Neubauvorhabens und der damit verbundenen Erweiterung des Wirtschaftswegenetzes wird nur bei voller Kostenübernahme durch den Anlieger am Ende des Stichweges durchgeführt.

Die Maßnahmen Nr. 8 in der Stegge und Nr. 15 in Ammeln zur Anbindung der Altbestandshäuser und der hiermit verbundenen Veränderung des Ausbauzustandes der Wege werden auf der Grundlage des Wegekonzeptes aus dem Jahre 2013 durch die Stadt umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

**12 Ausbau eines zweistreifigen Verbindungsweges in Wessum-Averesch
Antrag der CDU-Fraktion zur Sanierung des "Holtwegg" und zum Ausbau des
Wirtschaftsweges in Verlängerung der Raiffeisenstraße im Rahmen dieser Maß-
nahme** V/2018/0990

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der „Holtwegg“, im Bereich zwischen der Alstätter Straße und der Straße Am Bahndamm, soll als zweistreifiger Verbindungsweg im Herbst 2018 ausgebaut werden.

Auf der Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion vom 25. Januar 2018 wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der Instandsetzung von Wirtschaftswegen für das Jahr 2019, dem Rat einen Vorschlag für den Ausbau des Wirtschaftsweges in Verlängerung der Raiffeisenstraße vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

13 Anträge der Fraktionen

13.1 Erstellung konzeptioneller Vorschläge für die Weiterführung der kulturellen Arbeit für Ahaus; Antrag der CDU-Fraktion vom 09.04.2018 A/2018/0135

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag der Fraktion. Nach einer ersten Phase des Betriebs des Kulturquadrates und der Vermarktung durch die Stadtverwaltung, solle ein umfassender Statusbericht zu den messbaren Zahlen erstellt werden. Daneben sollten auch die „weichen“ Faktoren Berücksichtigung finden, z.B. zur Zufriedenheit der Besucher oder zur Auswahl der Veranstaltungen. Auch die Situation für den Caterer könne hier Einfluss finden. Personelle Veränderungen in der Fachabteilung Kultur müssten berücksichtigt werden.

Beigeordneter Leuker weist daraufhin, dass die angeführten Themen seit Anfang des Jahres erarbeitet würden. Bis zum Herbst würden erste Vorstellungen im Fachausschuss präsentiert. Man sei mit dem ersten Jahr des Kulturquadrates insgesamt sehr zufrieden, werde sich darauf aber nicht ausruhen.

Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) bittet darum, dass auch Vorschläge aus der Bevölkerung z.B. über das Online-Beteiligungsportal einbezogen werden sollten.

Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass es neben dem Kulturquadrat weitere Kultureinrichtungen gebe, die man nicht aus dem Auge verlieren dürfe und die bei weiteren Planungen berücksichtigt werden müsse.

Der Rat beauftragt die Verwaltung konzeptionelle Vorschläge für die Weiterführung der kulturellen Arbeit für Ahaus zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

Damit wird dem Antrag zugestimmt.

**13.2 Erstellung einer Satzung zum Schutz des Baumbestandes im gesamten Stadtgebiet der Stadt Ahaus (Baumschutzsatzung);
Antrag der UWG-Fraktion vom 01.05.2018 A/2018/0134**

Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) erklärt, dass es aufgrund aktueller Baumfällungen durch den Baubetriebshof Zeit werde, eine Baumschutzsatzung zu erlassen.

Ratsherr Vöcking (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass Erfahrungen aus anderen Städten zeigten, dass vor Erlass einer Baumschutzsatzung unerwünschte Bäume noch gefällt würden. Außerdem könnten weiterhin Bäume gefällt werden, die unterhalb des von der Baumschutzsatzung bestimmten Stammmaßes lägen. Die Satzung sei darüber hinaus in der Umsetzung bürokratisch und bedeute nicht ein Mehr an Naturschutz. Aufgrund der Verkehrssicherungspflicht müssten weiterhin Bäume weichen.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) macht deutlich, dass es der Fraktion mit dem Antrag nicht darum gehe, den einzelnen Bürger zu kontrollieren, sondern mit der Baumschutzsatzung ein Steuerungsinstrument zu erhalten, mit dem die Fällarbeiten des Baubetriebshof reglementiert werden könnten.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) betont, dass eine verbesserte Information durch die Stadtverwaltung, wann, welche Bäume aus welchen Gründen gefällt würden, für die Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz schaffe.

Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) erklärt, dass es Beschwerden aus der Bevölkerung gebe, wenn Baumwurzeln die Bürgersteige beschädigten, gleichzeitig aber Vorwürfe laut würden, wenn entsprechende Bäume dann gefällt würden. Die Verkehrssicherungspflicht stehe hier im Vordergrund.

Es schließt sich eine intensive Diskussion über die Notwendigkeit von unterschiedlichen Fällmaßnahmen durch den Baubetriebshof an.

Bürgermeisterin Voß verweist auf die Regelungen im Bundes- und Landesnaturschutzgesetz, die darüber hinausgehende Bestimmungen durch eine Baumschutzsatzung aus ihrer Sicht erübrigten. Sie wisse um die Sensibilität in der Bevölkerung und versichere, das Thema weiterhin mit Augenmaß zu behandeln und auch rechtzeitig über Maßnahmen zu informieren.

Der Rat beauftragt die Verwaltung eine Baumschutzsatzung für die Stadt Ahaus vorzubereiten und den Fachausschüssen und dem Rat vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Fragen des Rates

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zum Planungsstand StattArena

Bürgermeisterin Voß teilt mit, dass ein Antrag für die Veranstaltung vorliege und dass die Fachbereiche Bauordnung und Sicherheit und Ordnung derzeit die Voraussetzungen prüfen. Die Stadt befürworte aber grundsätzlich die StattArena zur Fußball-WM.

- Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zur Veranstaltung Fanfaren-Flammen-Feuerwerk

Bürgermeisterin Voß bestätigt, dass im Gesellschafterausschuss und in der Gesellschafterversammlung der Ahaus Marketing & Touristik GmbH (AMT) über sämtliche in Ahaus stattfindende Veranstaltungen beraten worden sei. Es sei richtig, dass der Gesellschafterausschuss von einem Feuerwerk am „Mantel-sonntag“ absehen wolle.

- Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zur Streichung der Veranstaltung Fanfaren-Flammen-Feuerwerk

Bürgermeisterin Voß antwortet, dass sie die Gründe gerne zusammen mit der Geschäftsführerin von AMT im Fachausschuss erläutern würde.

- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zur Anwohnerversammlung zur Verkehrssituation im Vestert

Beigeordneter Beckmann erwidert, dass die Veranstaltung vorgesehen sei, ein Termin stehe noch nicht fest.

Ergänzung zur Niederschrift:

Mit den unmittelbaren anliegenden zwei Grundeigentümern wurde bereits gesprochen. Der die übrigen Anlieger betreffende Bauabschnitt ist erst für 2021 vorgesehen; die entsprechende Anliegerinformation wird daher erst im zeitlichen Zusammenhang mit diesem Bauabschnitt erfolgen.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zur Einführung der EU-Datenschutzgrundverordnung

Bürgermeisterin Voß antwortet, dass es aktuell eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen gebe. Hierauf wolle sie auch im Hinblick auf Vereine zunächst verweisen.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) ergänzt, dass es vom Datenschutzbeauftragten des Landes Baden-Württemberg eine sehr gute Broschüre für Vereine gebe, die sehr viele Fragen beantworten könne.

- Ratsherr Terbrack (CDU-Fraktion) zum Breitbandausbau in den Außenbereichen

Bürgermeisterin Voß weist daraufhin, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus über den Breitbandausbau berichtet werde. Zu dieser Sitzung am 04.06.2018 seien auch die Ortsvorsteher eingeladen. Neben den 831 geförderten Glasfaseranschlüssen gebe es ca. 250 Haushalte, die nicht als förderfähig gelten, da sie über Bandbreiten von mehr als 30 Mbit/s verfügten bzw. nach dem geplanten Ausbau der Telekom verfügen würden.

Mitteilungen der Verwaltung

- Beigeordneter Leuker zur Bushaltestelle in Ottenstein

Die Haltemöglichkeit Am Sportplatz werde nach den Pfingstferien durch die RVM auch nachmittags eingerichtet.

Karola Voß
Vorsitzende

Doris Zevenbergen
Schriftführerin